

88  
**Wiener Rathaus-Korrespondenz.**  
Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Frans Mitzgen,**  
Wien. I. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 3. April 1918. Nr. 88.

**Tuberkulosen - Fürsorge.** In der letzten Sitzung der Bezirkszentrale Wien für Tuberkulosenfürsorge berichtete der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Weiskirchner zunächst über den inneren Ausbau der Fürsorgetätigkeit und über die Verhandlungen mit dem Ministerium des Innern und der Statthalterei hinsichtlich der Verwendung des Lagers in Steinklamm für Zwecke der Tuberkulosenfürsorge. In diesen Verhandlungen habe er auf die Notwendigkeit hingewiesen, die geeigneten Baracken überhaupt für Wohnungszwecke der Stadt Wien zur Verfügung zu stellen, da einerseits diese unentbehrlich sind, wenn die latente Wohnungsnot in eine akute übergehen wird, andererseits die Baracken zur Unterbringung von Wohnungen für die Bauarbeiter bei Wiederaufnahme der Bautätigkeit benötigt werden. Der Bürgermeister sprach die Hoffnung aus, dass die Verhandlungen zu einer den Interessen der Hauptstadt entsprechenden Lösung führen werde. Er wies sodann darauf hin, dass die Rückkehr der in russischer Gefangenschaft sich befindenden Soldaten nahe gerückt sei und viele Tausende von ihnen mit Tuberkulose behaftet in ihre Heimat zurückkehren werden. Es wäre nun Pflicht der Militärverwaltung, in ausreichender Weise für die Kranken Sorge zu tragen, ihnen die bestmögliche Behandlung anzudeihen zu lassen, sie in Heilstätten unterzubringen und damit auch die Ansteckung der Angehörigen dieser Kranken zu verhüten. Die Militärverwaltung erklärte jedoch, dass sie nicht in der Lage sei, in restloser Weise für die lungenkranken Heimkehrer zu sorgen und beabsichtige, sie in häusliche Pflege zu entlassen. Die Bezirkszentrale Wien werde zu dieser Frage Stellung nehmen und jene Massnahmen besprechen müssen, welche getroffen werden können, um einerseits den Kranken zu ihren Familien abgegebenen Soldaten mögliche Fürsorge zuzuwenden, andererseits deren Familien vor Infektion zu schützen und ein weiteres Anwachsen der Tuberkulose zu verhüten.

Ministerialrat Dr. Kaup teilte mit, dass sich das Ministerium des Innern der sozialen und hygienischen Gefahren bei der Abgabe von Tuberkulosen in die Familienpflege wohl bewusst sei. Es fanden daher Konferenzen mit den Vertretern der militärischen Stellen statt und es werden leicht-Tuberkulose nicht superarbitriert und entlassen, sondern als der Nachbehandlung bedürftig erklärt werden. Sie erhalten eine Verpflegungsgebühr von K 6.50 täglich auf die Dauer eines Jahres sowie die Löhnung, den Angehörigen wird der Unterhaltsbeitrag weiter gezahlt. Mit ihren weiteren Ansprüchen werden die leicht-Tuberkulosen an die Zivilverwaltung gewiesen und es sei nicht zu verkennen, dass dies eine grosse Belastung sowohl der Gemeinden als auch der Krankenkassen bedeute.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner betonte, dass es Pflicht des Staates sei, für die im Militärdienste Erkrankten zu sorgen. Die Leistung einer täglichen Verpflegungsgebühr sei immerhin ein Erfolg. Durch den Zuwachs von Tuberkulosen aus dem Militärstande werde sich die Notwendigkeit herausstellen, die Anzahl der Fürsorgestellen in Wien bedeutend zu vermehren. Es müsste aber ferner gefordert werden, dass aus den Kriegsbarrackenspitälern so viele Betten überlassen werden, dass das

Bedürfnis der heimischen Bevölkerung hinsichtlich der Spitalpflege gedeckt werden kann. An diese Spitalsbetten für die Tuberkulosen werden sich Rekonvaleszentenbetten anzugliedern haben und das Lager in Steinklamm wäre für diese Rekonvaleszenten vortrefflich geeignet. Die Gemeinde Wien plane bekanntlich die Errichtung einer Tageserholungsstätte für Tuberkulose im <sup>Kriegsgefängnis</sup> Jubiläumsspital und um diese rasch benützungsfähig zu machen, werde sie nicht als massiver Bau, sondern als Provisorium aufgeführt werden.

Medizinalrat Dr. Schlesinger wünscht, dass der Staat die Fürsorgestellen reichlicher subventioniere und dass die Subventionen rechtzeitig ausbezahlt werden. Die Anzahl der Fürsorgeschwestern sei unzureichend, es müsse ferner verlangt werden, dass Aerzte zur Behandlung der Tuberkulose aus dem Heeresverbände entlassen werden.

Ministerialrat Dr. Kaup bemerkte, dass der Mangel an Fürsorgeschwestern das Ministerium des Innern bewegen werde, den Kurs für deren Ausbildung auf 2 bis 3 Monate abzukürzen. Es sei ferner geplant, eine interministerielle Kommission auszusetzen, um die Agenden nicht aktenmässig, sondern im kurzen Wege behandeln zu können. Das Ministerium habe sich ferner bereit erklärt, für die Einrichtung der neu zu schaffenden Fürsorgestellen 50 % der Kosten zu bewilligen.

Dr. Verkauf weist darauf hin, dass die Krankenkassen durch die Tuberkulosen sehr stark belastet werden. Die zurückkehrenden Kranken, welche mit den angewiesenen Beiträgen nicht das Auslagen finden, werden sich in Betriebe aufnehmen lassen. Durch die schwere Arbeit - eine leichte Arbeit gebe es jetzt überhaupt nicht, nachdem überall die Arbeitskräfte auf das Aeusserste angespannt werden müssen - werde sich das Leiden verschlechtern und die Tuberkulosen werden dann den Krankenkassen zur Last fallen. Es sei also notwendig, dass der Staat ihnen ausgiebige Hilfe gewähre.

StR. von Steiner hält es für das Richtige, die Mittel für die Behandlung und Heilung der Tuberkulosen auf das Kriegsbudget zu überwälzen.

GR. Reumann wünscht, dass die zu schaffende interministerielle Kommission in steter Führungnahme mit der Bezirkszentrale Wien für Tuberkulosenfürsorge bleibe.

Oberstadtphysikus Dr. Böhm bespricht die Notwendigkeit der Veranherung der Fürsorgestellen. Man werde sich bemühen müssen, die Tuberkulosen so viel als möglich von der Grossstadt ferne zu halten, da die klimatischen Verhältnisse für die Heilung der Tuberkulosen eine grosse Rolle spielen. Insofern die Tuberkulosen nach Wien zurückkehren, müssen möglichst viele der vorhandenen Baracken in den Dienst der Tuberkulosenfürsorge gestellt werden.

Oberstabsarzt Dr. Schiff weist darauf hin, dass die Tuberkulosen von der Arbeit möglichst ferne zu halten sind. Sie müssten durch die Organisation der Fürsorgestellen überwacht werden, damit die Verpflegungsgebühr zweckentsprechend verwendet werde.

Dr. Keiser wünscht eine engere Verbindung zwischen den Fürsorgestellen und den Arbeitsvermittlungsstellen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner fasst die in der Sitzung erstatteten Vorschläge wie folgt zusammen: Vermehrung der Fürsorgestellen, Erhöhung der Anzahl der Fürsorgeschwestern, Enthebung von Aerzten für die Tuberkulosenbehandlung. Das

Versprechen der Regierung eine Verpflegungsgebühr von K 6.50 für jeden aus dem Heeresdienst entlassenen Tuberkulosen zu zahlen und die Hälfte der Kosten für die Einrichtung der Fürsorgestellen zu leisten, wird dankend zur Kenntnis genommen. Die Bezirkszentrale Wien der Tuberkulosenfürsorge ist autonom und trifft ihre Massnahmen im Einvernehmen mit der interministeriellen Kommission. Die Gemeinde Wien wird eine provisorische Wälderholungsstätte mit einem Fassungsraum von 500 bis 600 Betten, spätestens im heurigen Sommer errichten und erwartet, dass die Militärverwaltung die weiterhin erforderlichen Baracken samt Einrichtung überlasse. Die Bezirkszentrale setzt voraus, dass den an Tuberkulose Erkrankten eine solche Menge von Nahrungsmitteln zur Verfügung gestellt wird, dass hiedurch die Heilung der Kranken gefördert wird. Die Zentrale für Tuberkulosenfürsorge wird das Einvernehmen mit den Arbeitsvermittlungsstellen pflegen. Die Gemeinde und die Krankenkassen erwarten von der Regierung eine ausreichende Unterstützung zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Der Bürgermeister erklärte schliesslich, er werde das Ergebnis der Beratung dem Kriegsministerium und der Regierung in einer Denkschrift übermitteln.

**Sperrstunden während der Sommerzeit.** Vom Magistrate wird mitgeteilt: Die Frage, ob durch die neuerliche Verlegung der Sommerzeit eine Aenderung der Festsatzung der Sperrstunde der Gast- und Kaffeehäuser eintritt, beantwortet sich aus dem Wortlaute der Statthalterei-Verordnung vom 23. März dahin, dass die Verlängerung der Sperrstunde erst mit Beginn der Sommerzeit, also nach der nunmehr eingetretenen Aenderung erst mit 15. April beginnt und mit 16. September endet. Die Bestimmungen der §§ 8 und 9 dieser Statthaltereiverordnung betreffend das Offenhalten gewisser Räume in Zuckermackereien etc. sowie die Veranstaltungen von Schulfesten etc. vom 1. April bleiben unverändert.

**Erste Oesterreichische Sparkasse.** Im abgelaufenen Monate März wurden bei der Ersten Oesterreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 23.625 Partelen K 26,289.944 eingelegt, an 16.754 Partelen K 18,621.757 rückgezahlt und belief sich der Einlagenstand am 31. März auf K 719,781.237. Hypothekendarlehen wurden K 523.600 zur Zeichnung von Kriegsanleihe zugezählt, dagegen K 951.604 rückgezahlt und stellte sich der Stand der Hypothekendarlehen am 31. März auf K 325,365.198. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 31. März auf K 18,123.352 und waren an 60 jährigen Pfandbriefen im Umlaufe K 18,657.000. Wechsel wurden K 19,137.471 eskomptiert und K 13,077.089 inkassiert; der Stand des Wechsel- und Salinenportefeuilles betrug am 31. März K 57,670.012.

**Zentralverband von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs.** Dieser Verband hält am 4. April 4 Uhr nachmittags, im Sitzungssaale des nied.-österr. Landtages die erste ordentliche Generalversammlung ab, welche der Präsident des Aufsichtsrates Landesausschuss Bielowek eröffnen wird.

**Gemeindevermittlungämter.** Die Verhandlungen bei den Gemeindevermittlungämtern Mariahilf und Neubau finden am 10., 17. und 24. April, jedesmal um 10 Uhr vormittags statt.

**Bezirksratsitzung.** Die Vertretung des Bezirkes Währing hält am 5. ds.M. 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.